

Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, Kiel, und sein niedersächsischer Kollege Ernst Albrecht, noch mehr bei den Ausgaben eingespart werden. Allerdings dürfe dies, verlangten die Christdemokraten, weder zu Kürzungen des Kindergeldes noch zu „Sonderopfern“ bei Beamten führen. Ob eine Verringerung des Arbeitslosengeldes für sie diskutabel ist, ließen sie offen.

Man sei aber bereit, beteuerten die Länderchefs, mit der Koalition über alles zu sprechen. Albrecht: „Ich möchte mal die Regierung sehen, die eine solche Opposition hat.“

In der Sitzung am vergangenen Montag entschieden sich dann die CDU-Oberer, lieber auf ein eigenes Sparpro-

Alois Mertes, Ex-Diplomat und außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, hielt sich ebenfalls zurück: Man solle „eine so schwierige und vielschichtige Frage nicht in den Streit zwischen Regierung und Opposition ziehen“.

Mutiger wurden die Unionschristen erst, als der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß die von den Amerikanern verwahrten Neutronensprengköpfe auch für die Bundeswehr forderte.

Kohls CSU-Stellvertreter in Bonn, Friedrich Zimmermann, bügelte kritische und besorgte Stellungnahmen führender SPD-Politiker kurzerhand ab: „Teils hysterische, teils chauvinistische Töne.“

eine „Änderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik anstreben“. Kohls Fraktionssprecher Eduard Akkermann: „Unsere Gegenoffensive läuft an.“

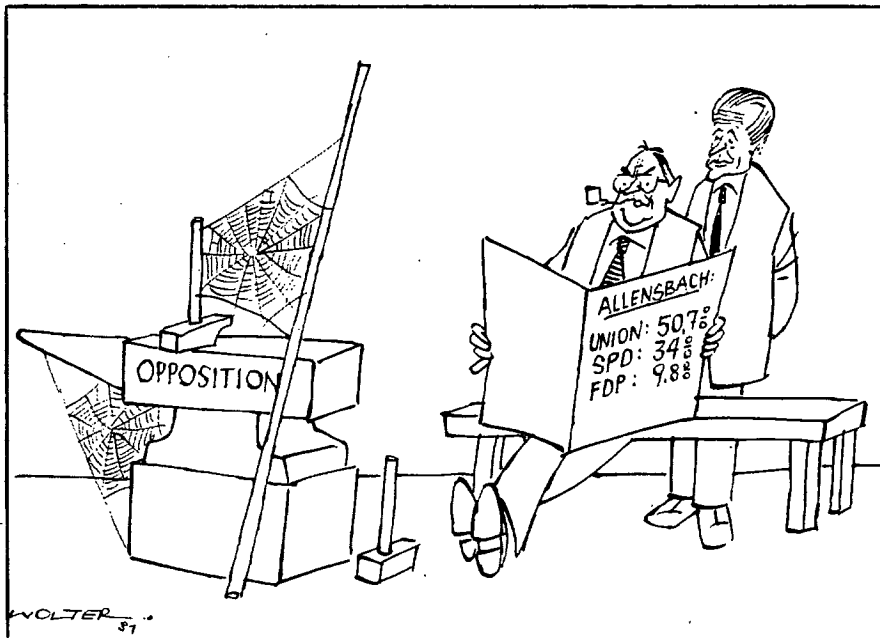
Da aber kann die Sachdebatte offenbar nur schaden: Bahrs Vorschlag, den von ihm geleiteten Unterausschuß für Abrüstung zu einer Sondersitzung einzuberufen, um von der Regierung Informationen zu erhalten, scheiterte am Widerspruch der CDU/CSU.

Bundestagspräsident Richard Stücklen (CSU) hatte die Sitzung bereits genehmigt — allerdings unter einem Vorbehalt: Auch die Opposition müsse zustimmen. Nach einer kurzen Rücksprache mit Kohl aber sah Mertes — zunächst Bahrs Vorschlag gegenüber durchaus aufgeschlossen — keine „dringliche Notwendigkeit“ mehr — sehr zum Erstaunen von SPD-Fraktionsvize Wischniewski.

In den USA werde, empörte sich Wischniewski, angesichts der Proteste der Bevölkerung im Senat sehr behutsam über die Stationierung der neuen MX-Fernrakete diskutiert, in der Bundesrepublik aber lehne die Opposition eine Debatte über die Neutronenwaffe ab. Wischniewski: „Die Union legt offenbar Wert darauf, amerikanischer zu sein als die Amerikaner.“

Helmut Kohl setzte derweil seine Goodwill-Tour durch Zeitungsredaktionen und Rundfunkanstalten fort. Bei „Bild“ in Hamburg beklagte er sich bitter über das schlechte Klima zwischen Regierung und Opposition: „Herr Schmidt spricht nicht mit uns.“

Auf dem laufenden ist der Oppositionsführer offenbar nicht einmal über die Interna seiner Partei: Während der CDU-Oberste sich im Urlaub sonnte, traf sich der Kanzler in Kiel mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Union Gerhard Stoltenberg.



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Unsere Strategie zahlt sich schon aus, denn wer nichts macht, dem kann man auch nicht vorwerfen, daß er etwas falsch macht!“

gramm zu verzichten. Albrecht: „Das ist nicht unsere Aufgabe.“ Die Union will nach Vorlage des Regierungs-Pakets lediglich zu jedem einzelnen Gesetzentwurf ein Votum abgeben.

Da viele der Koalitionsvorschläge ohne die Zustimmung der Unionsmehrheit im Bundesrat nur Makulatur sind, glaubt Kohl, die große Ratlosigkeit verbergen zu können: „Wir werden unsere Vorstellungen in den entscheidenden Gremien vortragen.“

Um vom Dilemma in den eigenen Reihen abzulenken, kam der Union die Entscheidung von US-Präsident Ronald Reagan, die Neutronenwaffe zu produzieren, sehr gelegen.

Werner Marx, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, befand, die Neutronenwaffe sei eine „klassische Verteidigungswaffe“. Zur Frage, ob sie in Europa stationiert werden solle, mochte er sich freilich nicht äußern: „Man kann so etwas nie mit einfachem grobklotzigen Ja oder Nein beantworten.“

Da mochte denn auch Helmut Kohl nicht länger zurückstehen. Besorgt über die Wirkung des Wehner-Vorwurfs, die Union sei eine „Rüstungspartei“, erklärte der Oppositionsführer die SPD seinerseits zum Sicherheitsrisiko.

Äußerungen von SPD-Politikern wie Egon Bahr, Hans-Jürgen Wischniewski und Peter Glotz, warnte er vor dem CDU-Präsidium, hätten bereits „zu einem Verlust an Vertrauen für die Bundesrepublik bei unseren Verbündeten“ geführt.

Einwände von Präsidiumsmitgliedern, auch unter Anhängern der Union sei die Aufstellung neuer US-Raketen in Westeuropa und die Einführung der Neutronenwaffe heftig umstritten, mochte Kohl nicht gelten lassen. Das liege nur daran, daß die Bürger keine objektiven Informationen hätten. Die Mehrheit sei nach wie vor für das westliche Verteidigungsbündnis. Ihnen müsse deshalb deutlich gemacht werden, daß „wesentliche Teile der SPD“

NACHRÜSTUNG

Nix drin

Sozialdemokrat Brandt hat sich beim Sozialisten Mitterrand einen Korb geholt: Der französische Staatspräsident will auch künftig Reagans Rüstungspolitik stützen.

Die Idylle war perfekt: strahlender Sonnenschein, gedeckter Tisch unter einem mächtigen Kastanienbaum. Zwei Frauen trugen auf, was Küche und Keller im Armagnac-Land zu bieten haben: Melonen, frische Gänseleber, gefüllte Hühner und den würzigen Roten der Region, den „Madiran“.

Vor der malerischen Kulisse des über 100 Jahre alten Bauernhofes „Dasion“, mit Blick auf Maisfelder und Weinberge, begrüßten sich am Donnerstag voriger Woche im Südwesten Frankreichs zwei Freunde: der franzö-



Genossen Brandt, Mitterrand auf Gut „Dasion“: „Der Rahmen war sehr hübsch“

sische Staatspräsident François Mitterrand und SPD-Chef Willy Brandt.

An einen Urlaub in der Bretagne hatten Brandt und seine Lebensgefährtin Brigitte Seebacher, auf Empfehlung Mitterrands, geruhsame Tage auf dem Lande angehängt. Sie waren Gast von Jean Dupuy, dem sozialistischen Bürgermeister von Nogaro, einem Flecken mit 2500 Einwohnern.

Maire Dupuy steht auf gutem Fuß mit dem Präsidenten der Republik: Seine Tochter Elisabeth ist mit einem Sohn Mitterrands verheiratet. Und Madame Lydie Dupuy, seine Frau, ist sozialistische Abgeordnete des Departements im französischen Parlament.

Familiär ging es deshalb zu, als Mitterrand am Donnerstag, gegen halb zwei, Brandt und Begleitung die Ehre gab. Kein Protokoll, kein bewaffneter Posten störte die Jause in frischer Luft. Nur vier Landgendarmen hatten den Feldweg zu dem Gehöft unauffällig gesichert. Im beigen Kleinwagen Dupuys kam der neue Herr des Elysée unter den Kastanien von „Dasion“ an und versicherte „cher Willy“, wie sehr er sich freue, ihn zu sehen.

Doch als sich der Franzose vier Stunden später auf den Weg zu seinem Ferienhaus im 120 Kilometer entfernten Latche machte, wurde der Deutsche enttäuscht Bilanz: „Der Rahmen war sehr hübsch, doch politisch war nix drin.“

Seit voriger Woche weiß Brandt endgültig: Die SPD darf vom sozialistischen Staatspräsidenten, dessen Wahl sie in der Bundesrepublik als Sieg der gemeinsamen Sache gefeiert hatte, keine Unterstützung erwarten im Konflikt

mit den USA um Sicherheits- und Entspannungspolitik.

Kurz vor seinem Aufbruch hatte Mitterrand den SPD-Chef auf ein schattiges Fleckchen bugsiert, ein gutes Stück entfernt vom Rest der Gesellschaft. Der Präsident beteuerte, wie sehr ihm am guten „persönlichen Kontakt“ zum SPD-Vorsitzenden und Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) gelegen sei.

Wenn Brandts SI am 24. und 25. September in Paris tage, werde er die Genossen selbstverständlich im Elysée empfangen. Und für Oktober lud Mitterrand den Genossen an die Seine ein, um mit ihm über den Dritte-Welt-Gipfel in Cancún und seine dann geplante erste offizielle Reise nach Washington zu sprechen.

Um keinen Preis aber, so ließ der Franzose wissen, wolle er in die Quereien der deutschen Politik hineingezogen werden — weder in die innerparteilichen Dispute der SPD über den Nato-Doppelbeschluss noch in die Spannungen zwischen Bonn und Washington wegen der Ost-West-Politik. Brandt nach dem Privatissimum: „Für die Deutschen ist da nichts zu holen.“

Bei der Bonner Staatsvisite des Präsidenten im Juli hatte Brandt zum erstenmal versucht, den Freund als Verbündeten für den Widerstand gegen die Raketen-Aufrüstung zu gewinnen.

Mitterrand setzt sich im Einklang mit dem konservativen US-Präsidenten Ronald Reagan dafür ein, der Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern Vorrang vor Verhandlungen der Supermächte zu geben. Der Sozialist mache sich damit, so

Brandts Argument vor sechs Wochen in Bonn, zum Helfer der Rechten in der Bundesrepublik. Er schade der SPD, die mehrheitlich hinter ihrem Vorsitzenden stehe.

Die Partei, erläuterte der SPD-Chef, wolle eine „Null-Lösung“: Die Amerikaner sollten auf die Stationierung ihrer neuen Waffen in Deutschland verzichten, die Russen dafür ihr Potential an SS-20-Projektilen abbauen.

Mitterrand hatte damals zwar Verständnis für die Sorgen des Freundes gezeigt und versichert, er selbst sei „Antimilitarist“. Doch er ließ keinen Zweifel daran, daß mit ihm über eine „Null-Lösung“ nicht zu reden ist.

Frankreichs Staatspräsident geht davon aus, daß die Sowjets mit ihren Raketen in der Übermacht sind. Er räumt dem Westen nur dann eine Chance gegenüber Moskau ein, wenn die Amerikaner erst hochrücken und dann aus einer Position der Stärke heraus verhandeln.

Bonn hat sich, so meint Mitterrand, als Nicht-Atommacht in dieses Spiel zu fügen. Paris brauche als militärisch nichtintegriertes Nato-Mitglied und Herr über eine nationale Atomkraft, die Force de frappe, das Gleichgewicht der Blöcke. Nur so bleibe Frankreich möglichst frei von der Verantwortung für die Verteidigung des Nachbarn Bundesrepublik. Erst dann könnten sich die Franzosen ganz auf die „nukleare Abschreckung“ (Mitterrand) für ihr eigenes Territorium konzentrieren.

Nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa hatte Brandt noch vage gehofft, er könne den Franzosen doch noch dafür gewinnen, seine Haltung zu ändern

und auch deutsche Interessen einzubeziehen. Denn in der kanadischen Metropole hatte Mitterrand nicht mehr so entschieden darauf beharrt, die Nachrüstung sei wichtiger als Verhandlungen über Rüstungskontrolle.

Am Donnerstag voriger Woche mußte Brandt seine Hoffnungen begraben. Mitterrand versteht die deutschen Sorgen, er macht sie jedoch nicht zu seinen eigenen. Er sieht die Nöte eines Landes, „in dem Atomwaffen angehäuft werden, über die andere verfügen“ (Brandt).

Doch als Willy Brandt dem Freund François mitteilte, die Deutschen hätten „die Nase voll davon, von den Amerikanern wie eine Kolonie behandelt zu werden“, zuckte der Franzose nur mit den Schultern: „Das sind die Folgen des Krieges.“ Mehr nicht.

Mitterrand ließ sich auch nicht aus der Reserve locken, als ihm Brandt vorhielt, er habe während seines Urlaubs in der Bretagne immer wieder von französischen Sorgen gehört und gelesen, die Deutschen pflegten eine neue Vorliebe für den Neutralismus. Von solchen Berichten halte er nichts, entgegnete Mitterrand. Das sei zur Zeit „eine Mode“ bei den Journalisten.

Der Staatspräsident ließ sich auch nicht beeindruckt, als ihm Brandt die Nöte der Bonner Koalition schilderte. Die Sozialdemokraten seien vom Verlust der Macht bedroht, man könne nicht absolut sicher sein, daß die Regierung noch „so fest im Sattel“ sitze.

Zwischen SPD und FDP gebe es, so der Sozialdemokrat weiter, erhebliche Differenzen wegen der Sicherheitspolitik und des Etats. Die FDP verfolge eine „rechtsliberalistische“ Finanz- und Wirtschaftspolitik, sie diffamiere jede staatliche Aktivität zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit „als Verrat an der freien Marktwirtschaft“. Mitterrand hörte sich alles an und kommentierte unverbindlich: „Immer die Liberalen.“

Neugieriger zeigte sich der Präsident allerdings bei einem anderen Thema: der deutschen Wiedervereinigung. Ob es stimme, daß die DDR neuerdings zugänglicher geworden sei, wollte er von Brandt wissen.

Als er merkte, daß der Deutsche mit der Antwort zögerte, hakte er nach. Bei seinem Besuch in Bonn habe er mit Bundespräsident Karl Carstens über die Probleme zwischen Deutschland-West und Deutschland-Ost gesprochen. Brandt, der schon seit langem bei den Franzosen eine latente Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland registriert, hatte endlich Gelegenheit zu einem trockenen Konter: „Die Wiedervereinigung ist zur Zeit eine französische Frage“ — in der Bundesrepublik werde darüber derzeit nicht diskutiert.

Nach dem „Gipfel der Freundschaft“ (die Departementszeitung „La Dépêche du Midi“) muß sich Brandt in Frankreich nach anderen Freunden umtun, die seine Politik unterstützen,

das Wettrüsten in Ost und West zu begrenzen und der Bundesrepublik die Nachrüstung möglichst zu ersparen. Auf der SI-Tagung im September in Paris will der SPD-Vorsitzende deshalb erkunden, ob es noch französische Sozialisten gibt, die hinter ihm stehen.

Sein Freund Mitterrand jedenfalls stellt sich eher auf die Seite von Helmut Schmidt. Daraus macht der Präsident auch keinen Hehl: Für Ende September hat er den Kanzler zu sich eingeladen — entweder in sein Pariser Haus an der Seine oder zur Landpartie auf seinem Feriendomizil in Latche.

POLEN-KREDIT

Schwer tragbar

Die Polen brauchen kurzfristig Kredit, Bonn soll mit 100 Millionen Dollar einspringen.

Eine Woche lang hatten die Bonner Koalitionsparteien in ermüdenden Tag- und Nachtsitzungen um jede Million gefeilscht. Doch kaum war sich das Kabinett über einen Teil der „Haushaltsoperation '82“ einig, überraschte Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Kollegen mit einer neuen Geldforderung.

Als Beitrag zu einer internationalen Hilfsaktion für Polen, verlangte der Liberale, müßten schleunigst 100 Millionen Dollar herbeigeschafft werden. Der erschöpfte Kanzler reagierte wütend. „Die Polen“, schimpfte Helmut Schmidt undiplomatisch, „sollen sich gefälligst den Regeln des Internationalen Währungsfonds unterwerfen.“

Genau das, versprach Diplomat Genscher zwei Wochen später, bräuch-

ten sie nicht unbedingt. Am Dienstag vergangener Woche sicherte der Bonner Außenminister seinem Warschauer Kollegen Józef Czyrek bei einem Treffen im bayrischen Bad Reichenhall zu, die Bundesregierung werde bereits am 2. September über den Polen-Kredit entscheiden. Ein Beitrittsgesuch des Ostblock-Staates zu dem von den westlichen Industrienationen beherrschten Währungsklub IWF sei nicht Voraussetzung für eine Zusage.

Wie der Bundeskanzler sieht zwar auch Genscher im IWF-Beitritt Warschau eine Möglichkeit, den Polen hinreichend Kredite zu beschaffen. Beide sind sich aber auch — trotz Schmidts spontaner Unmutsäußerung — darüber einig, daß westlicher Druck den erwünschten Beitritt nicht befördern, sondern eher torpedieren würde.

Die Aufnahme-prozedur würde überdies Monate dauern. Ehe dann die ersten Überweisungen des Fonds eintröfen, wäre es vielleicht schon zu spät.

Die Polen brauchen jetzt Geld, vor allem um zum Teil ganz banale Geschäfte abwickeln zu können. So fehlen zum Beispiel Devisen für den Sprit, wenn polnische Lastwagen Nahrungsmittel aus Westeuropa abholen sollen.

Die Warschauer Regierung hat deshalb die Gläubigerländer Frankreich, Italien, Schweiz, Großbritannien und die Bundesrepublik dringend um einen kurzfristigen Kredit von insgesamt 500 Millionen Dollar gebeten. Jeder Partner soll 100 Millionen übernehmen.

Bisher erklärte nur Paris sich bereit, seinen vollen Anteil zu übernehmen. Rom und Bern machten grundsätzliche Zusagen, schwiegen sich aber über die

* Am 18. August 1981 in Bad Reichenhall.



Polens Außenminister Czyrek, Gastgeber Genscher*: „Wer riskiert am meisten?“